

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 53. 39. Jg.

31. Dez. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk., monatlich inkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:

Hans Rosinger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkels-Leipzig, Anzenstraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition arbeiten. Postverlagsort Schkeuditz.

1926—1927

Toten soll man nichts schlechtes nachreden. Das Jahr 1926 ist tot; es ist eingegangen in das große Reich der Vergangenheit. Aber Rückschau zu halten, was gewesen ist, dient der Erkenntnis. Denn indem man prüft, was gewesen ist, verschafft man sich einen leisen Einblick in das, was kommen muß.

Obwohl das Jahr 1926 viel Not und Sorge über die Arbeiterschaft gebracht hat, ist auch manches Gute geschehen. Die Befriedung der Völker hat zweifellos ganz erhebliche Fortschritte gemacht, wenn auch der Weg noch nicht ganz bis zum guten Ende gegangen ist. Die Exponenten der Friedenspolitik durften für ihr anerkennenswertes Tun auch den Nobelpreis einsacken. In etwas sind ihnen damit fremde Federn eingesteckt worden. Denn was die Nobelpreisträger taten, war lange vorher als das einzig richtige und einzig mögliche von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale abgesteckt worden. Ohne das Tun der Männer einer Außenpolitik des Friedens schmälern zu wollen, ist der Nobelpreis sozialistischer Gedankenwelt zugefallen, was für die klassenbewußte, sozialistische Arbeiterschaft nicht ganz ohne Bedeutung ist.

Innerpolitisch schloß das Jahr 1926 mit einer Dissonanz. Das Kabinett Marx erhielt ein Mißtrauensvotum und ging. Damit dürfte eine Periode heftigster innerpolitischer Kämpfe eingeleitet sein. Die Arbeiterschaft stellt auch eine Reihe berechtigter Ansprüche. Vor allen Dingen muß sie neben einer Festigung der Republik durch Beseitigung der reaktionären Tendenzen in der Reichswehr auf die Verabschiedung eines Notgesetzes über den Achtstundentag bestehen. Die geplante Regelung dieser Notstandsforderung durch das Arbeitsschutzgesetz ist zu sehr Vertröstungspolitik, ganz abgesehen davon, daß der ausgearbeitete Regierungsentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes zu sehr im Geiste vom Schmutz- und Schundgesetz watet. Das wird überhaupt der Eckstein zu künftiger innerpolitischer Orientierung sein, ob die Reichsverfassung durch Ausführungsgesetze sozialfortschrittlichen Inhaltes untermauert oder durch reaktionäre Ausführungsgesetze unterhöhlt wird. Nachdem die Befriedung der Völker einen gewissen Reifegrad erlangt hat, drängen mit Naturnotwendigkeit die innerpolitischen Probleme zur Lösung. Sie werden das Feldgeschrei für 1927 bestimmen und die Geister entsprechend scheiden. Im Interesse der Arbeiterschaft wird es liegen, wenn sie gehörig auf der Hut ist.

Wirtschaftspolitisch war das Jahr 1926 das Jahr der Krise und der Depression. Die Arbeitslosen zählten ständig nach Millionen und die Konkurse schlugen jeden Rekord. Die schon längst fällige Umstellung der deutschen Industrie setzte mit Macht ein unter dem Schlachtruf der Rationalisierung. Die Arbeiterschaft hat einer Reorganisation der deutschen Industrie nicht nur zugestimmt, sondern sie direkt gefordert; sie wollte die Rationalisierung. Denn rationalisieren heißt, die Wirtschaft vernünftig gestalten. Die Unternehmer verstehen noch heute zumeist unter Rationalisierung etwas ganz anderes. Ihnen war das Wirtschaftsprogramm der deutschen Arbeitgeberverbände aus der Seele geschrieben. Denn es sah die Reorganisation der deutschen Industrie im Abbau der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiter und Reduzierung der Unternehmersteuern. Die Arbeiterschaft sollte allein und ausschließlich tragen, was Kriegsfanatismus und Inflationsschwindel gebracht hatten. Darauf gehörte eine entsprechende Antwort, die auch von der Spitze der freien Gewerkschaftsbewegung durch das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften gegeben wurde. Auch hier haben die Arbeiter die Dinge richtig und die Unternehmer sie falsch gesehen: Erinnert sei nur an das Manifest auf Abbau der Schutzzölle. Aber auch sonst haben Gewaltige der Wirtschaft umgelernt und als Weisheit zum besten gegeben, was viel früher im Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften gestanden hat. Erinnert sei nur an das schöne

Wort vom König Kunde. Freilich sind das immer noch einzelne, die im Unternehmerlager vom Irrtum zur Wahrheit reisten, und einzelne Schwalben machen bekanntlich noch keinen Sommer. Ja, wenn man in den letzten Wochen sah, wie im Unternehmerlager wegen geringer Lohnforderungen das Aussparungsfeber wütete, könnte man meinen, die Unternehmer seien samt und sonders mit dem Dämelsack geprügelt. Doch das scheint nur Bauernschläue zu sein. „Der Reichsarbeitsminister wird das Kind schon schaukeln“, so denkt man im anderen Lager angesichts einer Besserung der Wirtschaftslage und hofft, sich so vor mehr zu schützen. Die Rechnung wird falsch sein; ohne kaufkräftiges Publikum gibts keine Behebung der Wirtschaftskrise. Deshalb werden die Eingänger von heute die Führer der Unternehmer von morgen sein. Herr Silverberg hatte schon recht, als er auf der Tagung der Unternehmerverbände feststellte: Gegen die Arbeiterschaft kann nicht mehr regiert werden. Solche Geständnisse würden noch ganz

die kurzlebige Ara der Ultimaten, aber niemand ließ sich ins Bockshorn jagen. Inzwischen war der „geniale“ Gedanke ausgeheckt worden, die staatliche Erwerbslosenfürsorge, für die jeder in Arbeit befindliche Kollege reell seine Beiträge leisten mußte, vor den Karren der Lohnabbauer zu spannen. Anfangs war in der Gehilfenschaft der Gedanke lebendig, daß einzelne überfleißige Unternehmer in voller Verkenntung ihres persönlichen Ansehens durch diese Art Lohnkampf böse daneben gegriffen hätten. Bald aber zeigte sich, daß die Denunziation bei der Erwerbslosenfürsorge wohlaugedachter Plan der „Abteilung Schutzverband“ war. Mit etlichen Nasenlängen Abstand folgte dann auch der „Bund chemigraphischer Anstalten“, der in seinen „Mitteilungen“ alle Unternehmer scharf zu machen suchte, jeden Gehilfen, der „auf den niedrigeren Vorschlag des Prinzipals nicht eingeht“, der Erwerbslosenfürsorge als arbeitsscheu zu denunzieren. Damit war von den Herren, die mit mimosenhafter Empfindlichkeit gesegnet sein wollen, die von jedem geraden und aufrechten Menschen als Schändlichkeit empfundene Denunziation zum geeigneten Mittel im Kampfe um den Arbeitslohn gemacht worden. Die Gehilfen haben vielleicht nicht ein so feines Empfinden wie die Unternehmer, aber dazu hat es gelangt, daß sie sich für die Unternehmer schämten. Der Verband griff jetzt ein und hielt selbstverständlich die Opfer solch „fairer“ Kampfesweise schadlos. Er hatte ja auch die Mittel dazu. Entsprechende andere Maßnahmen verhalfen dann dazu, daß die Erwerbslosenfürsorge nicht zum Hausknecht der Unternehmer wurde.

Aber alle Verbandsmaßnahmen hätten nicht vermocht, den Unternehmerdruck auf den Lohn schlechthin abzuwehren, wenn die Kollegen nicht selbst mit wirksamer Hilfe den ausgesteuerten arbeitslosen Kollegen beigeprungen wären. In der geradezu glänzenden Solidaritätsbezeugung der freiwillig geleisteten Extrabeiträge, die in die Hunderttausende gehen, und den Ausgesteuerten ein Sein an der Peripherie des Lebens bot, und in der Opferbereitschaft der Arbeitslosen zugunsten der Gesamtkollegenschaft, ist ausschließlich die Erfolglosigkeit des Unternehmerwollens auf Abbau der Löhne zu suchen. Dessen können die Kollegen versichert sein: Das macht uns so leicht niemand nach! Aber der Erfolg ist auch ganz ohne Zweifel uners.

Neujahrsgruß!
Allen Kollegen, Mitarbeitern,
Freunden und Bekannten
entbieten
herzlichste
Neujahrsgrüße
Verbandsvorstand und
Schriftleitung

anders klingen, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich nicht wegen leerer Hirngespinnste und außerpolitischer Notwendigkeiten anderer, ständig in den Haaren läge. Denn neben politischem Überblick kann heute die klassenbewußte Arbeiterschaft im Klassenkampf auch ein ganz annehmbares Paket wirtschaftlicher Kenntnis und Praxis in die Wagschale werfen. Im neuen Jahre muß nur dafür gesorgt werden, daß diese wirtschaftlichen Kenntnisse in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft dringen.

Auch verbandspolitisch stand das Jahr 1926 im Zeichen der Wirtschaftskrise. So viel lang anhaltende Arbeitslosigkeit hat der Verband wohl noch nicht gesehen. Das hätte gut werden können, wenn die Verbandsleitung in weiser Voraussicht der kommenden Dinge auf dem Verbandstag in Köln nicht mit aller Dringlichkeit gefordert hätte, was unbedingt notwendig war. Die Beauftragten der deutschen Kollegenschaft sind infolge festen Vertrauens zur Verbandsleitung aus Überzeugung dem gefolgt, was geraten wurde. Sie sind deshalb nicht überall mit Hosanna begrüßt worden. Inzwischen ist schon längst auch bei den Kritikern der Beitragsbeschlüsse eine gründliche Wandlung eingetreten. Anders hätten uns die Unternehmer 1926 auch schön zugedeckt und die Kollegen hätten das Vielfache wöchentlich an die Unternehmer in Form von Lohnkürzungen entrichten müssen. Die Absicht, die Löhne abzubauen, haben die Unternehmer 1926 immer gehegt und gepflegt. Sie tun das auch heute noch! Die Massenentlassungen Anfang des vergangenen Jahres sollten in der Gehilfenschaft Verwirrung und den Unternehmerabsichten Erfolg bringen. Die Gehilfenschaft hat den Unternehmern etwas geblasen. Dann kam

Mit dem Abbau des Lohnes sollte natürlich auch ein Abbau der Arbeitsbedingungen Hand in Hand gehen. Zur Tarifrevision im Mai unterbreitete der Schutzverband seine „berechtigten Wünsche“. Wir haben damals der Kollegenschaft diese „berechtigten Wünsche“ ausführlich unterbreitet und unsere Meinung dazu gesagt; deutlich wie immer. Das Ergebnis der Verhandlungen waren neben Beseitigung des § 14 Absatz 1 Protokollnotizen und Erklärungen. Im übrigen lief der bisher gültige Tarif ein Jahr weiter. Im Oktober unterbreitete dann der „Bund“ seine anscheinend auch berechtigten Wünsche. Die zuständige Kollegenschaft hielt die „Bundes“-Anträge für eine Provokation, wir hielten sie für eine maßlose Selbstüberschätzung, die aber ernst zu nehmen sei. Deshalb die Abwehrartikel „Goslar?“ Eine neunte Symphonie waren diese Artikel ganz bestimmt nicht; sie sollten es auch nicht sein! Ob des notwendigerweise von uns angeschlagenen Tones war angeblich lodernde Entrüstung im Unternehmerlager; man sprach sogar von Konsequenzen. Den Sack schlug man und wollte den Esel treffen. Wenn der Esel dann zu der ihm geeignet erscheinenden Zeit bockt, wird sicher wieder das Lied von der Nebenregierung gesungen. Sie mögen singen! Solange im Unternehmerlager die Gehilfenschaft nicht als gleichberechtigter und gleichbestimmender Faktor unseres graphischen Gewerbes gewertet wird und Wirtschaftskrisen als geeignete Zeitpunkte zur Bedrückung der Gehilfen angesehen werden, bleibt es dabei: Wurst wider Wurst! Das ist nicht schön, aber nicht von uns zu ändern.

Da auch im werdenden Jahr sich nichts wesentliches an dem Zustand ändern wird, daß die

Unternehmer die Herren zu sein meinen, wird der Kampf der Arbeiter um die gleichberechtigte Mitwirkung bei Gestaltung der Wirtschaft seinen Fortgang nehmen. Ja, wenn die Anzeichen nicht trügen, ist die Vertretung der Unternehmerinteressen dabei, mit Hilfe von Korruptionen ihren Einfluß noch wesentlich zu verstärken. Das heißt gesteigerten wirtschaftlichen und politischen Kampf. Es ist also positiv damit zu rechnen, daß im Jahre 1927 die Geister noch heftiger aufeinanderplatzen werden, als es bisher schon der Fall war. Die Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes und all der anderen sozialpolitischen Gesetze, die zur Zeit in Vorbereitung sind, werden der Angelpunkt dieser Kämpfe sein. Lernen die Arbeiter nicht, ihre Kraft zusammen zu fassen, werden sie aus diesen Kämpfen als die Unterlegenen hervorgehen. Jedes Volk hat die Gesetze, die es verdient.

Ähnlich liegt es für die Kollegenschaft. Auch sie wird im kommenden Jahre die Stellung im gewerblichen Leben einnehmen, die sie sich erringt. Steht die Kollegenschaft wie bisher einig, geschlossen und treu zum Verbands, dann ist es auch im kommenden Jahre nicht schlecht um sie bestellt. Dann können die Unternehmer noch klotzigere Ansinnen als im vergangenen Jahre an die Gehilfenschaft stellen — sie werden an dieser Geschlossenheit abprallen. Und wenn die Kollegenschaft dieser Einigkeit und Geschlossenheit in erhöhtem Maße Anteilnahme am verbandlichen Leben hinzufügt, berufliches Geschehen aufmerksam beobachtet und mehr als bisher der technischen Entwicklung Augenmerk und Interesse schenkt, dann ist auch im werdenden Jahre die Kollegenschaft jener Faktor, den man nicht kaltschnäuzig und unbekümmert in die Ecke schieben kann. Im vergangenen Jahre hat die Kollegenschaft ihre Pflicht erfüllt. Sie wird gleiches im neuen Jahre in erhöhtem Maße tun. Das neue Jahr kann kommen. Die Kollegenschaft ist bereit!

Die deutsche Wirtschaft an der Jahreswende.

Eine gewerkschaftliche Betrachtung.

Die Gewerkschaften sind Organisationen der Wirtschaft. Wirtschaftliche Faktoren sind neben Kräfteverhältnissen für gewerkschaftliches Handeln und vor allem für gewerkschaftliche Erfolge in sehr starkem Maße mitbestimmend. Von diesem Gesichtspunkt aus sei im folgenden in kurzen Strichen eine Darstellung der deutschen Wirtschaft an der Jahreswende gegeben, verbunden mit einem Ausblick für die nächste Zeit, soweit die Lage überschaubar erscheint.

Ein Blick auf die deutsche Güterproduktion zeigt, daß der deutsche Kohlenbergbau, der wichtigste industrielle Grundstoff, im verflossenen Jahr einen hoffnungsvollen Aufstieg genommen hat; freilich begünstigt durch mancherlei äußere Einflüsse. Es seien von diesen nur erwähnt: der noch immer währende Zollkrieg mit Polen, der ostoberschlesische Kohle auf dem deutschen Markte als Konkurrenz über 1 1/2 Jahre ausschaltete und der 7 monatige Steinkohlenproduktionsausfall in England infolge des riesigen Arbeitskampfes im Bergbau. Dessen Wirkungen sind heute noch zu spüren, denn noch für mehrere Monate sind die deutschen Zechen ausverkauft. Aber trotzdem zeigte sich schon seit 1925 auch ein Steigen des Inlandkonsums an Kohle. Dabei ist die Verschiebung zugunsten der Braunkohle zu berücksichtigen. Rechnet man deren Heizwert entsprechend auf Steinkohle (2/3), um, so ergibt sich auf den heutigen Gebietsumfang des deutschen Reiches

1913	eine monatsdurchschnittl. Produktion von	13,3	Mill. t
1925	"	"	13,7
1926 v. Jan.-Okt.	"	"	14,3

Andere Zweige des deutschen Bergbaues, Kali und Erz, zeigen eine ähnliche Entwicklung.

Das ehemalige deutsche Kalimonopol, das durch die Abtretung Elsaß-Lothringens zerschlagen wurde, ist durch Privatvertrag zwischen der deutschen und französischen Kaliindustrie wieder hergestellt worden. Trotz großer Anstrengungen einiger Länder, Kali im eigenen Lande zu schürfen (Amerika, Spanien, Polen), besteht nach wie vor die Monopolstellung Deutschland-Frankreich, was sich im Absatz des deutschen Kalisyndikats zeigt. Alter Voraussicht nach wird die westeuropäische Monopolstellung in den nächsten Jahren kaum zu erschüttern sein. Es wurden abgesetzt: 1913 im Monatsdurchschnitt 925 000 dz; in den ersten 11 Monaten 1926 908 000 dz.

Die Eisen- und Stahlindustrie war im vergangenen Jahr in bedeutenden deutschen Industriegebieten, so im Ruhrgebiet und in Oberschlesien Objekt einer scharfen Rationalisierung. Die Kartellierung in diesen Wirtschaftszweigen überschritt teilweise die nationalen Grenzen, wobei nur an das westeuropäische Stahlkartell erinnert sei. Diese Veränderungen brachten für die Gewerkschaften eine Fülle neuer Probleme, die in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden sollen. Daß diese Maßnahmen neben freilich anderen Einflüssen auf die deut-

sche Produktion nicht ohne Einfluß blieben, zeigt folgende Aufstellung. Es wurden erzeugt (in 1000 Tonnen):

	Roheisen	Rohstahl	Walzwerkzeugn.
1926: Januar	689	791	666
Juli	768	1019	869
Oktober	935	1174	978
1913 Mtsdurchschn. (heutige Grenzen)	910	981	914

Demnach war für alle Erzeugnisse seit Jahresbeginn ein langsames aber stetiges Steigen der Produktion zu verzeichnen. Der Bergbau, dem noch eine längere gute Konjunktur bevorsteht, wird im neuen Jahr in verstärktem Maße Kapital in Bergwerksmaschinen anlegen und somit guter Kunde der Metallindustrie sein. Auch mag hierbei berücksichtigt werden, daß nach dem Verträge des Internationalen Eisenkartells eine wesentliche Steigerung der Nachfrage ganz besonders die Quote der deutschen Eisenindustrie erhöht. Auch die Landwirtschaft, deren Erzeugnisse gegenüber dem Vorjahre ganz beachtlich im Preise gestiegen sind, dürfte wieder mehr als bisher zum Maschinenkauf übergehen.

Auch am Baumarkt zeigte sich eine Belebung. Die Zahl der Wohnungsbauvorhaben zeigt gegenüber dem Vorjahre eine merkliche Besserung; ganz im Gegensatz zu der Arbeitgeberpropaganda, nach der die sogenannte Mietzwangswirtschaft hemmend statt belebend auf den Baumarkt wirken soll. Erfährt das Bauprogramm der Gewerkschaften die notwendige Würdigung, so ist auch im kommenden Jahre mit steigender Zunahme zu rechnen.

Steigender Güterumsatz geht mit steigender Produktion Hand in Hand. Im Januar verfloßen Jahres wurden etwas über 100 000 Wagen täglich von der Reichsbahn gestellt; Mitte des Jahres, im Juli waren es über 123 000 und fast 154 000 bereits in den ersten beiden Novemberwochen.

Für den Geldmarkt als charakteristisch seien hervorgehoben das stete Sinken der Zinssätze, mitveranlaßt durch die Bewegungen des Reichsbankdiskontsatzes, der von 9 Proz. Anfang 1926 bis auf den heute gültigen Satz von 6 Proz. ermäßigt wurde. Die Sparkasseneinlagen haben sich im Laufe des Jahres 1926 um annähernd eine Milliarde erhöht. Leider haben die in öffentlichen und privaten Kassen lagernden Gelder nicht immer die Anlage gefunden, durch die sie der Gesamtwirtschaft Dienste leisten konnten. Zum unproduktiven Zwecke der Spekulation wandt, traten an der Börse oft Hausbewegungen ein, die eine Betriebsgesundung vorfäuschten, ihr aber keinesfalls in großem Umfange zustatten kamen.

Mit steigendem Flüssigwerden des Geldmarktes verminderten sich naturgemäß Konkurse, Geschäftsaufsichten und Wechselproteste. Letztere fielen von fast 15 000 im Jahresdurchschnitt 1925 auf 3900 im November 1926. Die Konkursziffer fiel von über 2000 im Januar auf 470 im November 1926 und die Geschäftsaufsichten verminderten sich von fast 1500 am Jahresbeginn 1926 auf 117 im November 1926.

So ergibt sich, wenn wir den Blick auf Tonnenzahlen, Zinssätze und Konkursziffern richten, für die deutsche Wirtschaft ein Bild, das nicht als ungünstig bezeichnet werden kann. Damit ist es nicht vollständig. Im wirtschaftlichen Gesamtbild ist von ausschlaggebender Bedeutung der Faktor „Arbeit“. In doppelter Hinsicht von großer Bedeutung für die Wirtschaft und ihren Treuhänder, die Gewerkschaft. In den Begriffen Arbeitsplatz und Kaufkraft liegt jene Bedeutung.

Scharfe Durchorganisierung der Betriebe wie der Gesamtwirtschaft (Rationalisierung) macht zunächst Arbeitsplätze frei. In ihrem weiteren Verlauf soll sie selbstkostenverbilligend, somit preissenkend und kaufkraftstärkend wirken. Die erste Wirkung, das Freiwerden von Arbeitsplätzen, ist stark, sehr stark in Erscheinung getreten; die preissenkenden Folgen sind ausgeblieben. (Der Lebenshaltungsindex hat sich 1926 nur ganz unwesentlich verändert). Im Ruhrbergbau wurde in den letzten Monaten die Fördermenge von 1913 weit überschritten, trotzdem die Arbeiterzahl rund 20 000 Mann weniger betrug als im letzten Vorkriegsjahre. Heute bewältigen 90 Hochöfen die Leistung; 1913 rauchten ihrer 204. Fast sämtliche Industrien zeigen eine ähnliche Entwicklung. Hierin liegen unter anderem die Gründe dafür, daß am Jahresbeginn 1926 mehr als 2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger von der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge leben mußten. Ihre Zahl hat sich vermindert auf rund 1 314 000 am 15. November. Für sie zu sorgen, indem ein dauernder und durchaus nicht erfolgloser Kampf um Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge geführt wurde, war im vergangenen Jahre vornehmliche Pflicht der Gewerkschaften. Ja, es wird auch noch eine schwere Zukunftsaufgabe bleiben. Daß die leitenden Gedanken des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf Anregung der freien Gewerkschaften zurückzuführen sind, mag hierbei besondere Erwähnung finden.

Trotz mancher trübenden Momente kann mit Befriedigung gesagt werden, daß 1926 im Wirtschaftsleben ein Jahr langsamen aber steten

Aufstieges war. Daß dieser anhalten möge, ist nicht zuletzt ein Wunsch, den die Gewerkschaften an der Jahreswende aussprechen. Leichter wird ihre Stellung deshalb kaum, denn je weiter sich der Lohn vom Existenzminimum nach oben bewegt, desto passiver werden Öffentlichkeit und Behörden dem Streben der Arbeiter gegenüberstehen, desto mehr wird es gelten, aus eigener gewerkschaftlicher Kraft zu wirken. Auf Arbeitszeit und Sozialgesetzgebung trifft ähnliches zu. So stehen die deutschen Gewerkschaften am Vorabend schwieriger Aufgaben, deren praktische Lösung mehr denn je von der zahlenmäßigen Stärke und dem Vertrauen der Mitglieder zu ihren Führern als den Treuhändern eines starken gewerkschaftlichen Willens abhängt.

Erst das Notgesetz, dann das Arbeitsschutzgesetz!

Hunderttausende Arbeiter sind in Deutschland erwerbslos. Nur notdürftig können sie ihr Leben fristen. Trotz aller Erörterungen, wie die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann, bleiben sie bis jetzt ohne praktische Auswirkungen. Die Regierung vertraut sich keine wirkungsvolle Aktion. Und die Unternehmer erhöhen absichtlich die Schwierigkeiten. In den vollarbeitenden Betrieben herrscht eine sinnlose Überstundenwirtschaft. Ein baldiger Ausweg aus dieser Situation muß gefunden werden. Es kann nicht angehen, daß die einen zehn, elf, ja oft noch mehr Stunden täglich arbeiten und die andern arbeitslos vor den Toren der Fabriken stehen und aus Staatsmitteln kärglich unterhalten werden müssen. Seit Wochen ruft daher schon die organisierte Arbeiterschaft nach einem Arbeitszeit-Notgesetz. Dieses Gesetz soll den Achtstundentag wieder herstellen und das Überstundenwesen beseitigen. Die freien Gewerkschaften haben bereits einen diesbezüglichen Entwurf der Regierung und der Öffentlichkeit unterbreitet. Dieser Entwurf zu einem Notgesetz zur Arbeitszeit enthält keine utopischen Forderungen. Auch die anderen nicht freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer-Organisationen akzeptieren die in dem Entwurf gewünschten Maßnahmen. Obwohl die Gewerkschaftsverbände bei jeder nur möglichen Gelegenheit die Forderung nach einem Notgesetz erheben, ist die Frage des Notgesetzes noch zu keinem für die Arbeiterschaft befriedigenden Abschluß gekommen. Die Kulturwidrigkeit des Überstundenwesens besteht immer noch weiter. Gerade in den letzten Wochen nahm sie in einem erschreckenden Umfange zu.

Bei der Regierung findet der Ruf nach dem Notgesetz kein williges Ohr. Bis jetzt hat sie noch nichts unternommen, um den Wünschen von Millionen Arbeitgebern gerecht zu werden. Bei der reaktionären Haltung, die die Regierung zu all den Fragen, die die Arbeiterschaft berühren, einnimmt, nimmt uns dies weiter nicht wunder. Daß die Regierung an einer sofortigen Regelung der Arbeitszeit kein Interesse hat, beweist sie dadurch, daß sie nicht das Notgesetz, sondern das Arbeitsschutzgesetz in den Vordergrund der Erörterungen rücken will, d. h. ihr liegt mehr an einer Behandlung des Arbeitsschutzgesetzes als an einer Behandlung des Notgesetzes. Ja, die Arbeiterschaft will, daß endlich einmal ein einheitliches Arbeitsschutzgesetz geschaffen wird. Und sie war es auch, die seit Jahren die Regelung dieser Materie forderte. Aber es berührt doch eigenartig, daß just in dem Moment, wo es darum geht, so schnell wie möglich den Achtstundentag vor seiner Durchlöcherung zu schützen, die Regierung mit dem Arbeitsschutzgesetzentwurf herausschickt. Und dies geschah mit einer Eile, die geradezu verdächtig erscheint. Noch vor Monaten, ja noch vor einigen Wochen dachte die Regierung nicht daran, den Arbeitsschutzgesetzentwurf noch in diesem Jahre den Stellen, die für die weitere Bearbeitung des Entwurfs in Frage kommen, zuzuleiten. Allen Respekt vor solcher Fixigkeit. Nur wäre sie schon vor Jahren angebracht gewesen. Wo aber bleibt die Fixigkeit in der Frage des Notgesetzes?

Die augenblickliche Situation verlangt nach dem Notgesetz. Nicht daß die Gewerkschaften plötzlich anderen Sinnes geworden sind und von einem Arbeitsschutzgesetz nichts mehr wissen wollen, respektiv ein solches nicht mehr für nötig halten. Trotz des vorliegenden Arbeitsschutzgesetzentwurfs wird nach dem Notgesetz verlangt, weil bis zu der Gesetzgebung des Entwurfs nicht gewartet werden kann. Und weil in keiner Weise der Entwurf einen Ersatz bietet für das Notgesetz. Denn der Entwurf kennt vor lauter Ausnahmen den Achtstundentag nicht mehr. Die bestehenden Verhältnisse würden durch die Regelung, die der Entwurf vorsieht, keine Änderung erfahren. Dasselbe Überstunden-Willkürregiment, wie es heute in Geltung ist, würde noch in verstärktem Maße Trumpf sein. Soll der vorliegende Arbeitsschutzgesetzentwurf für die Arbeiterschaft annehmbar sein, so muß er eine völlige Umarbeitung erfahren. Und ein Gesetz, das für Jahre hinaus die bindende Norm darstellen soll, kann nicht in Handumdrehen verabschiedet werden. Wenn auch nicht Jahre, so

werden doch viele Monate dazu nötig sein. Und soll bis dahin die Überstundenwirtschaft fortbestehen? Nein! Die Überstundenschande muß beseitigt werden. Und diese Beseitigung kann nur das Notgesetz bringen. Die Beratung und Behandlung des Arbeitsschutzgesetzentwurfs würde uns daher augenblicklich gar nichts nützen, denn es beseitigt die bestehenden Übel nicht. Was wir jetzt nötig haben, sind Maßnahmen, die eine sofortige Änderung der augenblicklichen Lage herbeiführen. Darum das Notgesetz! Nur das Notgesetz bringt für den Arbeitsmarkt die Hilfe der Entlastung, d. h. eine Verminderung in der Zahl der Erwerbslosen. Nur durch das Notgesetz wird es möglich sein, daß Tausende von Erwerbslosen in die Betriebe untergebracht werden können. Das Arbeitsschutzgesetz ist uns nicht gleichgültig, das Notgesetz ist aber momentan wichtiger. Unsere Forderung bleibt nach wie vor: Das Notgesetz. Erst wenn das Notgesetz zur Arbeitszeit seine Verwirklichung gefunden hat, dann kann an eine positive Behandlung des Arbeitsschutzgesetzentwurfs gegangen werden. Darum noch einmal: Erst das Notgesetz, dann das Arbeitsschutzgesetz! P.

Zusammenschluß der Druckmaschinen-Industrie.

Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, A.-G., Augsburg, die Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie., A.-G., Frankenthal, die Vogtländische Maschinenfabrik, A.-G., Plauen und die Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer, A.-G., Würzburg haben sich zu einem Verband deutscher Rotationsmaschinenfabriken zusammengeschlossen. Das wird der Öffentlichkeit durch folgende Mitteilung bekanntgemacht, die den Zusammenschluß der deutschen Druckmaschinen-Industrie einleitet:

„Die unterzeichneten Firmen haben sich am 10. Dezember 1926 zum Zwecke der gemeinschaftlichen Befriedigung der Nachfrage nach Rotationsmaschinen zum Verband deutscher Rotationsmaschinenfabriken G. m. b. H. mit dem Sitz in Frankfurt a. M., Schwanthalerstr. 74, part., zusammengeschlossen.

Maßgebend für die Bildung einer solchen Lieferungsgemeinschaft war das Bestreben, Herstellung und Vertrieb der von der Rolle druckenden Rotationsmaschinen in einer sowohl für den Hersteller, als auch für den Verbraucher möglichst zweckmäßigen und vorteilhaften Weise zu organisieren.

Wenn bis jetzt derselbe Typ einer Rotationsmaschine in vier Exemplaren bei verschiedenen Fabriken gebaut wurde, so entstanden naturgemäß weit höhere Kosten, als wenn diese vier Maschinen in derselben Fabrik hergestellt werden. Durch gleichzeitige Bearbeitung aller, auch verhältnismäßig unbedeutender Anfragen seitens sämtlicher vier Firmen sowie den damit verbundenen Entwurfsarbeiten, die Entsendung von Vertretern, Reiseingenieuren, ersten Konstrukteuren und selbst Leitern der Fabriken wurden die allgemeinen Unkosten jeder Firma übermäßig gesteigert. Da die vier großen Rotationsmaschinenfabriken sich des höchsten Grades technischer Leistungsfähigkeit rühmen dürfen und ihre Gleichwertigkeit gegenseitig anerkennen war die Auftragserteilung bisher vielfach von der Herstellung schwieriger, unwirtschaftlicher Sonderkonstruktionen abhängig. Dieser Umstand und der begriffliche Wunsch aller Firmen, dem Kunden durch möglichst häufige Neukonstruktionen einen Kaufanreiz zu geben, stellten sich dem Bestreben, in Reihenerstellung Standardmaschinen von bester Qualität zu bauen und zu möglichst niedrigen Preisen auf den Markt zu bringen, vielfach hindernd in den Weg. Auch der ungleichmäßige Beschäftigungsgrad der Fabriken trug zu einer Verteuerung der Maschinen bei.

Eine Herabsetzung der Gestehungskosten läßt sich jedoch nur durch eine vernunftmäßige Organisation der Herstellung und des Vertriebes erzielen. Die Lieferungsgemeinschaft der deutschen Rotationsmaschinenfabriken will bei ihren Werken alle verteuernenden Faktoren nach Möglichkeit beseitigen. Dies ist vor allem durch Zuweisung der einlaufenden Anfragen an das jeweils am günstigsten arbeitende Werk möglich. Der aus den Maßnahmen der Lieferungsgemeinschaft zu erwartenden Verringerung der Gestehungskosten wird sofort durch eine Ermäßigung der normalen Listenpreise für Rotationsmaschinen Rechnung getragen.

Die vier im Verband deutscher Rotationsmaschinenfabriken G. m. b. H. zusammengeschlossenen Werke bitten ihre verehrliche Kundschaft, in Zukunft alle Anfragen auf von der Rolle druckende Hoch-, Flach- und Tiefdruck-Rotationsmaschinen sowie die dazu gehörigen Stereotypieeinrichtungen und Hilfsmaschinen zur Verminderung von Zeitverlust direkt an die Geschäftsstelle des Verbandes zu leiten. Die Bearbeitung der Geschäfte wird zunächst noch jeweils durch das einzelne Werk geschehen, dem die Anfrage zugewiesen wird; doch ist auch in dieser Hinsicht eine weitere Vereinfachung der Organisation geplant.“

Der neue Tarif im Formenstich.

Am 18. Oktober d. J. fanden die Verhandlungen zur Revision des Formstechertarifcs in Hildesheim statt. Die große Arbeitslosigkeit hatte die Unternehmer ermutigt, recht bedeutsame Verschlechterungsanträge zu stellen. Nur mit Mühe war überhaupt ein Beschluß im Unternehmerverband erzielt worden, ein neues Tarifverhältnis zu schaffen. Ein großer Teil der Unternehmer verlangte die Aufhebung des Tarifcs.

Ihre Forderungen gingen dahin, alle Bestimmungen für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu streichen. Die Arbeitsverhältnisse dieser Arbeitsgruppe sollten also ungeregelt bleiben. Das bedeutete in Wirklichkeit eine selbständige Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer. Arbeitszeit und Arbeitslohn waren an sich nicht angetastet, die Unternehmer verlangten aber eine Bestimmung, daß minderleistungsfähige Gehilfen nach Leistung bezahlt werden sollten. Ansprüche aus § 616 BGB. wollten sie nicht mehr anerkennen. Die Ferien sollten im 1. Jahre auf 2 Tage und die Höchstziffer auf 9 Tage herabgesetzt werden. Hierzu verlangten sie noch eine Sonderbestimmung, die Ferien um ein Viertel zu kürzen, wenn in einem Betriebe für weniger als 9 Monate Arbeit im Jahre vorhanden war. Ferner verlangten die Unternehmer noch die Streichung der Lehrlingsbestimmungen und den Fortfall des Organisationszwanges.

Die Gehilfen konnten in der Krise nicht die entsprechenden Verbesserungsanträge stellen, weil die Arbeitslosigkeit die Durchsetzung unmöglich machte. Die verhandlungsführenden Kollegen beschränkten sich deshalb in der Hauptsache darauf, die bestehenden tariflichen Verhältnisse zu erhalten.

Nach langwierigen Verhandlungen gelang es den Gehilfenvertretern, die Hauptforderungen der Unternehmer abzuwehren. Einige Verschlechterungen mußten in Kauf genommen werden, weil die Unternehmer durch ein schroffes Ultimatum die weiteren Verhandlungen unmöglich machten. Die Verschlechterungen beziehen sich auf Beseitigung von zwei Stunden Freizeit vor Neujahr, Erweiterung des Abstandes zwischen Hilfsarbeiter- und Gehilfenlohn. Für Lehrlinge wurde die vierjährige Lehrzeit eingeführt und die Lehrlingskala etwas verschlechtert. Diese Verschlechterung wirkt um so unangenehmer, als nach der aufgenommenen Statistik mindestens 75 Lehrlinge in den Betrieben mehr vorhanden sind, als es nach den bisherigen Tarifbestimmungen zulässig war. Die Entschädigung für Werkzeuge wurde aufgehoben. Als Verbesserung konnte nur erreicht werden die Einrichtung eines Tarifamtes und ständigen Schiedsgerichts und die Bekämpfung der Außenseiter bei den Unternehmern.

Am Schluß der Verhandlung wurde ein schriftliches Protokoll angefertigt, in Gegenwart der Unternehmer verlesen und von beiden Vertragsparteien unterzeichnet. Der Unternehmervorsitzende, der diesen Schlußverhandlungen nicht mehr beiwohnte, erhob später Einspruch gegen die Fassung des Protokolls. Es entspann sich eine Korrespondenz, deren Abschluß durch eine Reise des verantwortlichen Leiters der Unternehmer sich 4 1/2 Wochen hinzog. Die Gehilfenschaft traf bereits Vorbereitungen, die Durchführung des Tarifcs bei Anziehen der Konjunktur zu erzwingen, als endlich die Unterschrift zur Durchführung des Tarifcs von Unternehmerseite eintraf. Der Tarifkampf gilt damit zunächst als abgeschlossen. Die Rechtsverbindlichkeit der Bestimmung ist bei der Reichsarbeitsverwaltung beantragt worden und der Neudruck des Tarifcs ist in Vorbereitung. Im Januar des neuen Jahres werden Tarifamt und Schiedsgericht gebildet. Die Anerkennung und Durchführung des Tarifcs kann wohl als sichergestellt betrachtet werden.

Das Tarifverhältnis im Formenstich hat schon viele Krisen durchgemacht. Die Ursache dieser Krisen ist darin zu suchen, daß die Unternehmer keine feste Organisation besitzen und ein solidarisches und organisiertes Handeln gegenüber den Tapetenfabrikanten und Auftraggebern nicht erreichen können. Die Gehilfenleitung hat deshalb immer eine gewisse Erziehungsarbeit als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten müssen, wenn auch nur mit der Absicht, einen festen Vertragskontrahenten zu besitzen. Es ist der Gehilfenleitung bisher nicht gelungen, einen solchen Unterbau für den Tarif im Formenstich zu schaffen. Da die Mehrzahl der Unternehmer aus ehemaligen Gehilfen besteht, fühlen sich diese nur einig und stark, wenn es gegen die Gehilfen geht. Es ist noch die Aufgabe zu lösen, eine Front gegen die Auftraggeber herzustellen, um die Grundlage für ein besseres Arbeitsverhältnis der Gehilfen zu schaffen.

Die Preisunterbietungen der Unternehmer geschehen heute auf Kosten der Gehilfen. Das gegenseitig zu Tode konkurrieren könnte uns kalt lassen, wenn die Formstecher das ganze Jahr hindurch Arbeit hätten. Dann könnte die Helfenorganisation durch Kampf den Gehilfen helfen. Um für alle Berufszugehörigen erträgliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen, muß deshalb immer wieder Geduld geübt und eine bes-

sere Zeit abgewartet werden. Bei der Einstellung der Gehilfen wie der Unternehmer steht die Gehilfenleitung vor einer schweren Aufgabe. Die Aufgabe muß aber gelöst werden, wenn der Formenstich nicht, wie viele andere Berufe, ein Hungerdasein führen oder zugrunde gehen soll. Die in Kauf genommenen Verschlechterungen der Tarifbestimmungen sind der Ausdruck dieser unsicheren Verhältnisse. Sollte eine bessere Konjunktur im Formenstich kommen, so muß mit Ernst und Nachdruck an die Lösung dieser Berufsaufgabe herangegangen werden. Sollten wir nicht das notwendige Verständnis auf Unternehmerseite finden, so bleibt der Gehilfenschaft nur übrig, durch ihre Organisation die nächste Konjunktur rücksichtslos auszunutzen. Voraussetzung dafür ist, daß nicht nur alle Gehilfen organisiert sind, sondern sich auch aktiv an der Verbandsarbeit beteiligen.

Ortsberichte.

Das Graphische Kartell für Barmen-Elberfeld erledigte in seiner letzten Sitzung vom 27. 11. folgende Tagesordnung: 1. Die Genossenschaft zur Verwaltung der Bureauhäuser. 2. Gemeinsame Aufgaben des Graphischen Kartells. 3. Das Jugendkartell. 4. Verschiedenes.

Da der zum 1. Punkt eingeladene Vertreter des Ortsausschusses vom ADGB., Genosse *Daum*, erst später eintreffen konnte, wurden zunächst die Punkte 3 und 4 behandelt. Von allgemeinerem Interesse war unter Punkt 3 die Aussprache über die Betriebsräte, welche von dem Kollegen Grünen (Buchbinder) angeschnitten wurde. Das Graphische Kartell bestätigte nochmals seine früheren Beschlüsse, gemeinsam auf eine bessere Ausbildung der Betriebsräte hinzuwirken und auch dafür zu sorgen, daß überall Betriebsräte vorhanden sind. Am schlechtesten sieht es in den gemischten Betrieben der Papierverarbeitung aus, wo entweder keine Betriebsräte gewählt sind, oder deren Tätigkeit oder besser gesagt, Nichttätigkeit, allen Anlaß zur Kritik gibt.

Was soll man z. B. dazu sagen, wenn ein Betriebsratsmitglied in einem großen Betrieb wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen wird, ohne daß der Betriebsrat zusammentritt, geschweige denn, die gesetzlichen Wege einschlägt, die das Betriebsrätegesetz vorsieht? Das Kartell nahm Kenntnis von den vorgetragenen Fällen und wird zur Förderung der Betriebsratswahlen im kommenden Jahre gemeinsame Versammlungen veranstalten. Nach Erledigung der Punkte 3 und 4 gab der Vorsitzende Groenhoff eine Einleitung zum 1. Punkt: „Die Genossenschaft zur Verwaltung der Bureauhäuser“. Er verwies auf die bisherigen Bemühungen, ein Verkehrshaus für die gesamte Arbeiterbewegung zu schaffen. Diese Bemühungen sind einmal durch den bergigen Charakter der Städte Barmen-Elberfeld sehr erschwert, indem die Städte an der engsten Stelle des Wuppertales zusammenstoßen, während die ausgebreiteten Mittelpunkte beider Städte weit auseinander liegen. Sodann haben aber auch alle bisherigen Pläne und Versuche zur Schaffung eines Volkshauses immer mit Mißerfolgen geendet. Ein gewisser Pessimismus sei daher gegenüber allen solchen Projekten zu bahren.

Es ist nun an der Haspelerstr.-Barmen, also im Mittelpunkt beider Städte, ein Häuserkomplex erworben, in welchem schon eine Reihe Gewerkschaften ihre Bureaus haben und der so ausgebaut werden soll, daß möglichst alle Gewerkschaften dort untergebracht werden, sowie auch ein Versammlungsraum und eine Herberge Platz finden. Die bestehende Genossenschaft, in der nur einige Gewerkschaften vertreten sind, soll umgewandelt werden, so daß der Ortsausschuß des ADGB., bzw. die angeschlossenen Gewerkschaften, durch ihre Vertreter, Träger der Genossenschaft werden. Das Graphische Kartell soll einen gemeinsamen Vertreter bestimmen.

Der Genosse *Daum* war inzwischen erschienen und gab einen ausführlichen Bericht über das gesamte Projekt, welches er optimistisch und als ein durchaus gesundes beurteilte. Allerdings sei es eins auf lange Sicht. Aber ein Anfang müsse gemacht werden. Er gab einen Ausblick, wie sich nach seiner Meinung das Städtebild entwickeln wird. Das Bureauhaus würde bestimmt in den Mittelpunkt des Verkehrs liegen. *Daum* gab dann noch Auskunft über einzelne angeschnittene interne Fragen und zerstreute auch die Einwände der Buchdrucker, welche an dem Bureauhaus wenig Interesse haben, auch einen Versammlungsraum an der vorgesehenen Stelle nicht brauchen, da in beiden Städten getrennte Ortsvereine bestehen. Anders sei es mit der Herbergsfrage, denn es sei ein Übelstand, daß man die durchreisenden Kollegen auf die Herberge zur „Heiligkeit“ verweisen müsse. Die Vertreter der Steindruckerkollegen waren warm für das Projekt ein. Sie meinten, daß nicht nur die Ortsvereine der Buchdrucker sich zusammenschließen würden, sondern daß auch der Graphische Verband zur Wahrheit würde. Abgesehen davon, hätten auch die kleinen Gewerkschaften ohne Angestellte ein Interesse an-

das gemeinsame Haus. Auch ihnen müßte ein Raum zur Erledigung ihrer Kassengeschäfte, Auszahlung von Unterstützungen usw. zur Verfügung stehen. Es sei ein ungesunder Zustand, wenn die Kassierer solche Arbeiten in ihrer Wohnung ausführen müßten.

Es wurde dann noch auf einen Beschluß des Graphischen Kartells verwiesen, daß Beiträge zum Baufonds von allen, dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften gezahlt werden müssen und einzelnen Gewerkschaften keine Ausnahmestellung eingeräumt werden darf. Nachdem Genosse Daum noch einmal alle in der Debatte behandelten Fragen erläutert hatte, konnte der Vorsitzende die prinzipielle Zustimmung des Graphischen Kartells feststellen.

In die Genossenschaft, zur Verwaltung der Bureauhäuser, wurde der Kollege O. Bellingrath, Buchdrucker, Barmen, Feldstr. 17 gewählt.

Zum Punkt 3 „Jugendkartell“, äußerten zunächst die Elberfelder Buchdruckervertreter ihre Bedenken. Die Buchdrucker sowie auch die Steindrucker haben gut ausgebaute Jugendabteilungen, in denen für die berufliche und gewerkschaftliche Ausbildung vorbildlich gearbeitet wird. Es wird nun befürchtet, daß das allgemeine Jugendkartell eine Störung dieser Arbeit bedeuten könne, da man der Jugend, vor allen Dingen den Lehrlingen nicht zu vielerlei zumuten dürfe. Schon der beschränkten Mittel wegen, die den Jungens zur Verfügung stehen. Auch hier standen die Steindrucker auf anderem Standpunkt und befürworteten das Jugendkartell. Genosse Daum gab auch in dieser Frage prinzipielle und sachliche Aufklärungen, so daß auch in dieser Frage eine Einigung zustande kam. Jede angeschlossene Gewerkschaft hat danach die Pflicht, einen Vertreter in das Jugendkartell zu entsenden. Der Vorsitzende konnte die Einmütigkeit des Graphischen Kartells auch in dieser Frage feststellen und die Versammlung mit Worten des Dankes schließen.

Berlin. Eine schöne Weihnachtsfeier veranstaltete die Mitgliedschaft Berlin für die arbeitslosen Kollegen am Dienstag, den 21. Dezember im Berliner Gewerkschaftshaus. Ein vorzügliches Konzert der Kapelle Gebr. Steiner, die sich in den Dienst der guten Sache stellte, brachte direkt Erbauung. Das Programm war auch sehr sorgfältig ausgewählt. Der durch einen arbeitslosen Kollegen der Kapelle ausgesprochene Dank für das Gebotene gestaltete sich infolgedessen zu einer Ovation. Ein von Franz Rothenfelder verfaßtes „Weihnachtswort den arbeitslosen Kollegen“, sprach die Tochter des Kollegen Gragen mit Geschick und Wärme. Auch ihr wurde reich Beifall. Dann erinnerte Kollege Hoffmann daran, daß noch nicht die Zeit gekommen sei, da Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen herrsche. Auch die Kollegenschaft habe ein Kampfjahr hinter sich. Dank der Treue der Kollegen zur Organisation sei es den Unternehmern nicht gelungen, das Ziel des Lohnabbaus zu erreichen. Trotzdem hätten die Unternehmer ein Jahr guter Ernte hinter sich. Da die Unternehmer noch immer der Meinung seien, wer Knecht gewesen sei müsse Knecht bleiben, könne kein Frieden auf Erden und Wohlgefallen werden. Der Kampf müsse unter dem Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! weiter geführt werden. Das Ziel dieses Kampfes sei der Sozialismus, der erst verwirklichte Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Treue zur gewerkschaftlichen Organisation sei die erste Voraussetzung, zu diesem Ziele zu kommen. — Einige Vorträge heiterer Natur, von Kollegen zum Vortrag gebracht, schlossen die Feier ab.

Neben geistiger, war auch für leibliche Atzung gesorgt. Die arbeitslosen Kollegen erhielten Spelse und Trank, dazu eine Stolle und ein Paket Allerlei. Die über die Extraausstattung hinaus gewährte geldliche Beihilfe an alle Arbeitslosen wurde mit besonderem Danke entgegengenommen. Im ganzen war die Feier eine rechte Erbauungsstunde, die jedem, der es bisher nicht wußte, beibrachte, daß unter den Kollegen Wohlmut ist. Der Verband ist nicht tot zu kriegen, wenn die Kollegen treu zum Verbände halten und Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin üben.

Rgr.

Feuilleton.

Neujahrshoffnung.

Wieder ist ein Jahr vergangen . . .
Hoffnung, leichtbeschwingt,
Trotz des Winters Not und Bangen
Jedes Herz durchdringt!

Schwinden müssen Wintersnöte,
Frühling wird's einmal,
Denn in lichter Sonnenröte
Grünt, was grau und fahl!

Vorwärts, frisch dem Jahr entgegen,
Öfnet Herz und Sinn!
Laßt Euch froh zur Tat bewegen!
Tat nur bringt Gewinn!

Daß das neue Jahr Euch nütze,
Stärkt in Stadt und Land
Eure wirtschaftliche Stütze:
Den Zentralverband!

Seid für die Gewerkschaft tätig,
Für das Unterpand,
Das Euch heilig, das Ihr nötig
Braucht: für den Verband!

Sorgt, daß jeder freudig schare
Sich um diesen Wall
Auch im angebrochenen Jahre —
Stillstand heißt Verfall!

Alle müssen mutig streben,
Stets zur Tat bereit,
Für die Freiheit, für das Leben,
Für Gerechtigkeit!

Strebt für des Verbandes Ziele
Treu und kampfbereit,
Dann zerreißt die Sklavensiele
Eure Einigkeit!

Dann wird allerwärts auf Erden
Menschenleid entfliehen,
Dann wird Völkerfrühling werden
Und die Freiheit blühen!

Frisch dem neuen Jahr entgegen,
Öfnet Herz und Sinn!
Laßt Euch froh zur Tat bewegen,
Tat nur bringt Gewinn!

1927.

Jahr vergeht auf Jahr, Jahrzehnt auf Jahrzehnt, Jahrhundert auf Jahrhundert, alles immer gesetzmäßig gleich, in immer derselben zahlenmäßigen Folge. So ist die Zeit in unserer Berechnung, in unserer Einteilung für das praktische Leben. Wir zwingen sie in dieses Maß. Wir teilen sie ein, immer kleiner, bis in Stunden und Minuten. Denn wir müssen sie einteilen, um Maße zu haben, nach denen wir unser kleines, kurzes Erdendasein richten. Ohne die Maße wäre das Zusammensein für uns Menschen undenkbar, wäre es Chaos. Durch die Einteilung der Zeit bringen wir unser Leben in Plan. Und so vergeht in dieser Teilung Jahr auf Jahr.

Jahr auf Jahr, in immer der gleichen Folge, doch so verschieden an Inhalt und in der Bedeutung für uns. Da gibt es Jahre, die bedeutungslos sind, Jahre im Gleichmaß auch inhaltlich. Aber dann gibt es Jahre, die uns Epochen bedeuten. Dann gibt es Jahre, die Einschnitte in unserem Leben sind. Da gibt es Jahre der Trauer und der Freude, Jahre der Verzweiflung und des Hoffens, Jahre des Glücks und Jahre der Arbeitslosigkeit und des Darbens. Und so ist das Leben für uns. So ungleich, so steigend und fallend. So arm und so reich. So inhaltslos und so voll von Erlebnissen hin und wider.

Darum ist Neujahr nur ein Punkt im äußerlichen Dahinfließen der Zeit. Ist es für dich auch inhaltlich ein Wendepunkt? Bekommst du vom neuen Jahre ab Arbeit? Oder droht dir die Arbeitslosigkeit, von der du noch verschont geblieben bist?

Da, aus den wirtschaftlichen Zusammenhängen des Lebens heraus erfüllt sich dein Glück. Und dieses Glück hängt nicht ab von der Zeit und von der Sonne, die den Lauf des Jahres bestimmt. Dieses Glück hängt ab von dir selber. Erfülltest du deine Aufgabe gegen das Leben? Warst du ein ganzes Glied der organisatorischen Kraft deines Verbandes, die diese wirtschaftlichen Zusammenhänge in Schach hält und das Jahr stets mit sozialem Inhalt zu füllen bestrebt ist? Oder liebest du die Zeit zerrinnen, teilnahmslos?

Allein bist du nichts gegen die organisatorische Kraft deiner Gegner. Der Verband ist die Macht, die das Leben gestaltet und es zwingt zu deinem Glück. Wo es nur geht. Da gibt es kein Neujahr. Da gibt es keine gleichmäßigen Zeitläufe. Da wird das Leben gepackt, wo es und wann es zu packen ist. Da gibt es auch Stillstand in der sozialen Entwicklung, auch einmal Rückgang. Und dann doch wieder Aufstieg und Erfolg über Erfolg.

So ist das Leben, das sich da jenseits der eingeteilten Zeit vollzieht. Es geht auf und ab und doch in der Tendenz und im letzten Effekte aufwärts. In Perioden aufwärts. Rückweise. Wie alles.

Von einem ewigen Gleichmaße kommt man auch in allem übrigen Geschehen ab. Man sieht überall Perioden. Selbst der Fall von Körpern wird in der Physik ungleichmäßig vermutet. Die Beschleunigung ist, so glaubt man, nicht konstant. Sie schwankt um einen Mittelwert. Der Körper fällt ruckweise, wohl nur in kleinsten Teilen von der Sekunde meßbar, Perioden überall. Ein langsames Schleichen so auch der Zeit, bis wieder eine soziale Stunde geschlagen.

Aber sie schlägt nur, wenn Massen sie schaffen. Ohne lebendige Massen ist die Zeit auch inhaltlich nichts als ein Eimerlei.

Wenn darum Neujahr neben der äußerlichen Bedeutung für die Einteilung des Geschehens zugleich sein soll ein Kraftpunkt im wachsenden Inhalt der Zeit, dann nur dadurch, daß Massen an diesem äußerlichen Wendepunkte auch zum bewußten Gestalten entschlossen sind. Das neue Jahr soll ein Stück sein von einer großen Epoche. Eine neue, die soziale Periode der Menschheit breche an. Das Jahr sei auch innerlich ein bedeutsamer Abschnitt im Zusammensein. Allem zum Trotz soll 1927 eine starke, bewußte, kämpfende Masse finden. Dann ist 1927 mehr als ein Jahr. Dann ist es durch uns vereint ein Stück sozialer Geschichte.

Vom Büchertisch.

Neue Menschen. Von Max Adler. Schriftenreihe „Neue Menschen“. 2. Auflage. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Vor bald zwei Jahren ließ Professor Max Adler, der bekannte marxistische Theoretiker, erstmalig sein „Neue Menschen“ betitelt Buch über sozialistische Erziehung erscheinen. Es gilt heute unbestritten als die marxistische Synthese der vielfachen sozialistischen Bemühungen, über das Problem einer bewußt sozialistischen Jugend- und Menschenherziehung ins Klare zu kommen. Adler begnügte sich eben nicht damit, Anregungen für den sofortigen praktischen Gebrauch zu geben, sondern legte ein soziologisch untermauertes Fundament sozialistischer Erziehungslehre. Die überkommenen und zum Allgemeingut gewordenen Wertungen bürgerlicher Pädagogik, als deren wichtigste das Postulat von der notwendigen Neutralität aller Jugendziehung galt, werden von Adler als völlig unbrauchbar für die Bildung sozialistischen und gesellschaftlichen Geistes verworfen. Vielmehr verlangt er eine bewußte Revolutionierung der soziologischen Gefühls- und Anschauungswelt aus marxistischem Geiste, wenn jener neue Mensch gebildet werden soll, der allein die gesamte Welt der Erscheinung in kollektivistischem Sinne umformen kann. Die vorliegende 11. Auflage des längere Zeit vergriffenen Werkes ist ein notwendiges, aber nun fast hoffnungslos knappes: „Die Aufgaben der Jugend in unserer Zeit“ vermehrter Abdruck der ersten Ausgabe.

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V.

In der eben erschienenen Dezembernummer der „Gesundheit“ sind einige interessante Abhandlungen mit Abbildungen über die „Stammesgeschichte des Menschengeschlechts“ enthalten. Professor Dr. Baege, Frankfurt a. M., bringt einen Artikel „Das Kind in der Moderne“. Der in F. Hofmann, München, die Mundhygiene“ ein wichtiger Teil der Gesundheitspflege. Die „Gesundheit“ ist kostenlos an den Schaltern der Krankenkassen zu erhalten.

Ein Aufzeichner

nur erste Kraft sowie mehrere ledige

tüchtige Formstecher

werden durch den Arbeitsnachweis verlangt.

W. Liegener, Berlin-Adlershof, Hoffmannstraße 17.

Zinkdruckplatten

Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Meus G. m. b. H., Berlin SO 26, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.

Zinkdruckpresse

verkauft billig

mit Belichtungsanlage, Kopierrahmen u. a. Postlagernd „Privat 38“, Berlin SW 12.

Retuschier-Apparate



für feinste Maschinen-Retusche

sowie Farben und Pinsel liefert

Carl Rückertlein, Leipzig N 21, Theresienstr. 14.

Fachliteratur!

Plakate. Originalentwürfe v. H. Neumann. Preis inkl. Nachnahme 10.50 RM.

Der Werdegang der Autotypie. Preis inkl. Nachnahme 5.05 RM.

Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle v. G. Schweikhard u. W. v. Falkenstein. Preis inkl. Nachnahme 1.55 RM.

Die Erfindung der Lithographie von Fritz Hansen. Preis inkl. Nachnahme 0.75 RM.

Der lithographische Maschinendruck von Goltmert. Preis inkl. Nachnahme 1.55 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

